

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AEUV Art 45:**

Kindergeld, Freizügigkeit, Arbeitnehmer, Angemessenheit

Bundesfinanzhof Az: III R 27/24

Es ist zu klären, ob ein Kindergeldanspruch aufgrund der Freizügigkeitsberechtigung besteht, weil ein Erhalt der Arbeitnehmereigenschaft trotz vorübergehender Aufgabe der Erwerbstätigkeit wegen Schwangerschaft anzunehmen ist.

Welcher Zeitraum hinsichtlich der Wiederaufnahme einer Beschäftigung nach Geburt eines Kindes kann noch als angemessen angesehen werden?

■ **AO § 162:**

Richtsatzsammlung, Schätzung

Bundesfinanzhof Az: X R 14/24

Ist die amtliche Richtsatzsammlung des Bundesfinanzministeriums eine geeignete Grundlage für Schätzungen?

Kann die Richtsatzsammlung für Gastronomiebetrieb auch auf Imbisswagen angewendet werden, die in ländlichen Gebieten aufgestellt werden?

■ **AO § 180 Abs 1 S 1 Nr 2 Buchst a:**

Atypische stille Beteiligung, Einheitliche und gesonderte Feststellung, Unterbeteiligung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 33/24

Ist für eine atypisch stille Unterbeteiligung an einem GmbH-Anteil eine gesonderte und einheitliche Feststellung durchzuführen?

■ **AO § 233a Abs 2a:**

Zinslauf, Zeitpunkt, Lebenspartner, Zusammenveranlagung

Bundesfinanzhof Az: III R 17/24

Beginn des Zinslaufs für Erstattungszinsen bei Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe und anschließender Zusammenveranlagung:

Stellt die Umwandlung einer Lebenspartnerschaft den maßgeblichen Zeitpunkt und damit das rückwirkende Ereignis dar, nach dem sich der Beginn des Zinslaufs für Erstattungszinsen nach § 233a Abs. 2a AO i.V.m. Art. 97 § 9 Abs. 5 EGAO bemisst?

■ **AO § 52 Abs 1 S 1:**

Gemeinnützigkeit, Selbstlosigkeit, Stiftungsvermögen

Bundesfinanzhof Az: V R 11/24

Unter welchen Voraussetzungen liegt ein Verstoß gegen den Grundsatz der Selbstlosigkeit und gegen den Grundsatz der Erhaltung des Stiftungsvermögens vor?

■ **AStG § 1 Abs 3 S 9:**

Außensteuerrecht, Hinzurechnung, Funktionsverlagerung, Verdeckte Gewinnausschüttung

Bundesfinanzhof Az: I R 54/23

Liegt eine Funktionsverlagerung nicht vor, wenn weder Wirtschaftsgüter noch Geschäftschancen oder andere Vorteile übertragen werden?

■ **DBA FRA Art 13 Abs 8:**

Versorgungsbezüge, Leibrente, Pensionskasse, Ausland, Besteuerungsrecht, Progressionsvorbehalt

Bundesfinanzhof Az: X R 10/24

Stellen die Zahlungen aus einer französischen Pensionskasse (Centre de Gestion Retraites), die eine in Deutschland lebende französische Beamtin im Ruhestand bezieht einen Versorgungsbezug oder eine Leibrente dar, mit der Folge, dass das Besteuerungsrecht entweder nach Art. XVII des Zusatzabkommens vom 31.03.2015 zum DBA Frankreich bei dem Staat, der die Bezüge auszahlt (Kassenstaatsprinzip) oder nach Art. 13 Abs. 8 DBA Frankreich (Ruhegehälter, Renten und ähnliche Vergütungen) im Ansässigkeitsstaat, liegt?

■ **DBA USA Art 20 Abs 1 S 1:**

Doppelbesteuerung, Besteuerungsrecht, Ansässigkeit, Steuerbefreiung, Lehrer

Bundesfinanzhof Az: I R 26/24

1. Bestimmt sich die Ansässigkeit i.S. des Art. 20 Abs. 1 Satz 1 DBA-USA 1989/2008 nur nach Art. 4 Abs. 1 Satz 1 DBA-USA 1989/2008 oder im Fall der Doppelansässigkeit zusätzlich nach der Tie-Breaker-Rule (Art. 4 Abs. 2 DBA-USA 1989/2008)?
2. Das Verfahren I R 49/22 ruhte aufgrund Beschlusses vom 07.07.2023 und wird nun nach Wiederaufnahme unter dem neuen Az. I R 26/24 (I R 49/22) fortgeführt.

■ **ErbStG § 13a:**

Schenkung, GmbH-Anteil, Personengesellschaft, Betriebsvermögen, Steuerbefreiung

Bundesfinanzhof Az: II R 21/24

Stellt der GmbH-Anteil, dessen Anteilseigner eine Personengesellschaft ist, beim Verschenken an einen der Mitunternehmer dieser Personengesellschaft begünstigtes Betriebsvermögen im Sinne der §§ 13a, 13b ErbStG dar?

■ **EStG § 15:**

Einkunftsart, Container, Bilanzierung, Verlustvortrag, Veräußerung, Vermietung, Gewerbebetrieb

Bundesfinanzhof Az: III R 23/24

Einkünftequalifikation bei vermeintlicher und/oder tatsächlicher Vermietung und Veräußerung von größtenteils nicht existenten Seefrachtcontainern:

Können Betriebsausgaben bei nicht erfüllter Forderung auf Eigentumsverschaffung abgezogen werden?

Ist eine Bilanzierung bei nicht erkanntem Gewerbebetrieb möglich und ist ein Verlustvortrag aus unzutreffender Einkunftsart zu berücksichtigen?

■ **EStG § 18 Abs 1 Nr 1:**

Partnerschaftsgesellschaft, Gewinnverteilung, Rückwirkungsverbot, Anerkennung, Zeitpunkt, Realteilung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 29/24

Unter welchen Voraussetzungen kann eine Gewinnverteilungsabrede im Rahmen einer Realteilung rückwirkend geändert werden und ist dabei eine steuerliche Anerkennung der Vereinbarung möglich? Wäre hinsichtlich des für die Zurechnung maßgebenden Zeitpunkts auf die Feststellung des Jahresabschlusses abzustellen?

■ **EStG § 22 Nr 1 S 3 Buchst a DBuchst aa:**

Vorsorgeaufwendungen, Verfassung

Bundesfinanzhof Az: X R 9/24

Liegt eine verfassungswidrige doppelte Besteuerung im Einzelfall vor, wenn der vor 2005 bezahlte Teil der Vorsorgeaufwendungen aus bereits versteuertem Einkommen den danach bezahlten Teil deutlich übersteigt und sich dieses Übergewicht nicht in dem Besteuerungsanteil nach § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa Satz 3 EStG widerspiegelt?

■ **EStG § 32 Abs 4 S 1 Nr 2c:**

Kindergeld, Übergangszeit, Ausbildung

Bundesfinanzhof Az: III R 20/24

Kindergeldanspruch im Übergangszeitraum bei Corona bedingter Nichtfortsetzung einer Ausbildung:

Begründet die Nichtfortsetzung einer Ausbildung infolge der Coronapandemie einen Kindergeldanspruch gemäß § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2c EStG entsprechend der Rechtsprechung zur Unterbrechung der Ausbildung infolge Krankheit und Mutterschutz?

■ **EStG § 32 Abs 4 S 2:**

Berufsausbildung, Kindergeld

Bundesfinanzhof Az: III R 22/24

Hat das Kind durch Teilnahme an einem vierwöchigen Lehrgang mit Abschlussprüfung im Rahmen eines Bundesfreiwilligendienstes, der ihn als Notfallhelfer qualifiziert, eine erstmalige Berufsausbildung im Sinne des § 32 Abs. 4 S 2 EStG durchlaufen?

■ **EStG § 32 Abs 4:**

Kindergeld, Rettungssanitäter, Ausbildung, Vollzeitberufstätigkeit, Ausbildungsabschnitt

Bundesfinanzhof Az: III R 13/24

Kindergeld zwischen zwei Ausbildungsabschnitten einer mehraktigen Ausbildung (hier zum Rettungssanitäter ausgebildetes Kind mit dem Berufsziel Notfallsanitäter):

Besteht für das Kind neben einer Vollzeitberufstätigkeit ein Anspruch auf Kindergeld unter dem Aspekt der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz (§ 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2c EStG) oder steht dem Anspruch eine abgeschlossene Berufsausbildung (§ 32 Abs. 4 Satz 2 EStG) entgegen?

■ **EStG § 49 Abs 1 Nr 5 Buchst c:**

Beschränkte Steuerpflicht, Kapitalertragsteuer, Steuererstattung

Bundesfinanzhof Az: I R 15/24

Was ist eine "Gewinnbeteiligung" im Sinne der Tz. 8 Buchst. a des Zusatzprotokolls zum DBA-Italien?

■ **EStG § 50a Abs 4 S 1 Nr 1:**

Abzugsteuer, Abzugsverbot, Ausland, ausländische Künstler, Bruttobesteuerung, Einbehaltung, Gewinnerzielungsabsicht, Gleichheitssatz, Inland, Künstlerische Darbietung, Quellensteuer, Steuerabzug, Steuerabzugsverfahren, Steuergerechtigkeit, Verfassung

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 555/24

Darlegung fehlender Gewinnerzielungsabsicht beim Steuerabzug für das Honorar ausländischer Künstler - Unionsrechts- und Verfassungsmäßigkeit des Steuerabzugs

--Verfassungsbeschwerde--

■ **FGO § 123 Abs 1:**

Abzugsteuer, Abzugsverbot, Ausland, ausländische Künstler, Gewinnerzielungsabsicht, Gleichheitssatz, Inland, Künstlerische Darbietung, Quellensteuer, Steuerabzug, Steuerabzugsverfahren, Steuergerechtigkeit, Verfassung, Klageänderung, Zahlungsverjährung

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 556/24

Unzulässige Klageänderung während des Revisionsverfahrens - Zahlungsverjährung vor Klageerhebung - Darlegung fehlender Gewinnerzielungsabsicht beim Steuerabzug für das Honorar ausländischer Künstler - Unionsrechts- und Verfassungsmäßigkeit des Steuerabzugs

--Verfassungsbeschwerde--

■ **FGO § 52d:**

Elektronische Übermittlung, Steuerberater, Klagefrist

Bundesfinanzhof Az: X R 11/24

Findet die Vorschrift des § 52d FGO auch dann Anwendung, wenn der Steuerberater die Klage gemäß § 47 Abs. 2 FGO beim zuständigen Finanzamt in eigenhändig unterschriebener Papierform eingereicht hat?

■ **FGO § 52d:**

Elektronische Übermittlung, Steuerberater, Klagefrist

Bundesfinanzhof Az: X R 12/24

Findet die Vorschrift des § 52d FGO auch dann Anwendung, wenn der Steuerberater die Klage gemäß § 47 Abs. 2 FGO beim zuständigen Finanzamt in eigenhändig unterschriebener Papierform eingereicht hat?

■ **FGO § 63:**

Passivlegitimation, Kindergeld, Zuständigkeit, Familienkasse

Bundesfinanzhof Az: III R 24/24

Passivlegitimation der Familienkasse Zentraler Kindergeldservice in Sachsen-Anhalt Nord (Standort Magdeburg):

Ist der Vorstandsbeschluss der Bundesagentur für Arbeit Nr. 12/2022 vom 27.01.2022, soweit er die Zuständigkeit der Familienkasse Sachsen-Anhalt Nord der Bundesagentur für Arbeit, Zentraler Kindergeldservice, Standort Magdeburg, betrifft, hinreichend bestimmt mit der Folge, dass ein Zuständigkeitswechsel auf den Zentralen Kindergeldservice wirksam ist?

■ **GewStG § 3 Nr 20e:**

Gewerbsteuerbefreiung, Rehabilitation, Sozialarbeit

Bundesfinanzhof Az: X R 15/24

Fallen Leistungen eines diplomierten Sozialarbeiters mit Weiterbildung zum Suchtkrankenhelfer für Menschen mit einer psychischen Erkrankung, körperlichen und/oder geistigen Behinderung oder chronischen Suchterkrankung, die er im Rahmen einer Leistungs- und Prüfungsvereinbarung mit einem Sozialhilfeträger abrechnet, unter die Gewerbe- steuerbefreiung gemäß § 3 Nr. 20e GewStG?

Ist der Begriff der Rehabilitation nur auf deren medizinische Formen begrenzt und können Rehabilitationen nur von Rehabilitationseinrichtungen i.S. des § 107 Abs. 2 SGB V erbracht werden?

■ **GG Art 3 Abs 1:**

effektiver Rechtsschutz, Gleichheit, Musterverfahren, Rechtsschutzbedürfnis, Solidaritätszuschlag, Solidarität II, Steuerfestsetzung, Steuergerechtigkeit, Veranlagungszeitraum 2020, Verfassung, vorläufige Veranlagung, Vorläufigkeitsvermerk

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 110/24

Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis bei vorläufiger Steuerfestsetzung - Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlags

--Verfassungsbeschwerde--

■ **GrEStG § 9 Abs 1 Nr 1:**

Grunderwerbsteuer, Notarkosten, Vorkaufsrecht

Bundesfinanzhof Az: II R 28/24

Sind Notarkosten nach Ausübung eines Vorkaufsrechts in die Grunderwerbsteuerliche Bemessungsgrundlage einzubeziehen?

■ **GrEStG § 9 Abs 1 Nr 1:**

Grunderwerbsteuer, Gegenleistung, Maklerkosten, Notarkosten, Grundbuchkosten

Bundesfinanzhof Az: II R 29/24

Sind Makler-, Notar- und Grundbuchkosten in die Grunderwerbsteuerliche Gegenleistung einzubeziehen?

■ **KStG § 14 Abs 5:**

Organschaft, Sparten, Besteuerungsgrundlage, Gesonderte Feststellung

Bundesfinanzhof Az: I R 18/24

Ist dann, wenn Organträger eine Körperschaft ist, die eine Spartenrechnung durchzuführen hat, bei der Feststellung des Gewinns der Organgesellschaft und der "damit zusammenhängenden Besteuerungsgrundlagen" nach § 14 Abs. 5 KStG auch die Zuordnung des Gewinns zu einer bestimmten Sparte mit festzustellen?

■ **KStG § 14:**

Organschaft, Gewinnabführungsvertrag, Gesellschaftsrecht

Bundesfinanzhof Az: I R 14/24

Körperschaftsteuerrechtliche Organschaft

Welches Gesellschaftsrecht ist auf eine zugezogene österreichische GmbH anwendbar?

Wurde der Gewinnabführungsvertrag mit dieser österreichischen Gesellschaft zivilrechtlich wirksam geschlossen?

■ **UmwStG § 22 Abs 2 S 1:**

Kapitalgesellschaft, Einbringung, Anteilstausch, Buchwert, Beteiligung, Veräußerung

Bundesfinanzhof Az: X R 26/24

Kann das Entstehen eines Einbringungsgewinns II (§ 22 Abs. 2 Satz 1 UmwStG 2006) trotz Vornahme einer Veräußerung dadurch vermieden werden, dass Anteile an einer zum Verkauf vorgesehenen Kapitalgesellschaft I im Wege eines qualifizierten Anteilstausches zum Buchwert in eine Kapitalgesellschaft II eingebracht werden (Schritt 1), anschließend die erhaltenen Anteile an der Kapitalgesellschaft II im Wege eines weiteren qualifizierten Anteilstausches zum Buchwert in eine Kapitalgesellschaft III eingebracht werden (Schritt 2) und schließlich die Kapitalgesellschaft II die Beteiligung an der Kapitalgesellschaft I (nach § 8b Abs. 2 KStG steuerfrei) veräußert (Schritt 3), weil der zweite qualifizierte Anteilstausch als Veräußerung der erhaltenen Anteile an der Kapitalgesellschaft II durch den Einbringenden anzusehen ist und damit die Voraussetzungen des Ausnahmetatbestands des § 22 Abs. 2 Satz 5 UmwStG 2006 erfüllt sind?

■ **UStG § 13b Abs 5 S 1:**

Steuerschuldner, Leistungsempfänger, Betriebsstätte, Subunternehmer

Bundesfinanzhof Az: V R 12/24

Klärschlamm-trocknungsanlage eines österreichischen Unternehmens als inländische Betriebsstätte nach § 13b UStG

Stellt eine in Deutschland belegene Klärschlamm-trocknungsanlage samt Wendewolf, in der ein österreichisches Unternehmen mithilfe von (inländischen) Subunternehmern Klärschlamm-entwässerungs-, Klärschlamm-trocknungs- und Klärschlamm-verwertungsleistungen an eine deutsche Kommune erbringt, eine "feste Niederlassung" des österreichischen Unternehmens i.S. von § 13b UStG dar, sodass die Steuerschuld deshalb nicht auf die deutsche Gemeinde als Leistungsempfängerin übergeht?

■ **UStG § 4 Nr 16 S 1 Buchst I:**

Umsatzsteuerbefreiung, Eingliederung

Bundesfinanzhof Az: XI R 25/24

Umsatzsteuerpflicht von Eingliederungsleistungen, die nach § 29 SGB IX berechnete Leistungsempfänger aus ihrem "Persönlichen Budget" bezahlen? Einbeziehung in die "Sozialgrenze" des § 4 Nr. 16 Satz 1 Buchst. 1 UStG?

■ **VersStG § 4 Nr 5 S 1:**

Versicherungsteuer, Steuerfreiheit, Invaliditätsversicherung, Unfallversicherung

Bundesfinanzhof Az: V R 13/24

Keine Steuerfreiheit für eine sog. Funktionsinvaliditätsversicherung

Fällt eine Funktionsinvaliditätsversicherung, bei der Elemente von Berufsunfähigkeitschutz-, Kranken- und Pflegeversicherung in einem "Multi-Risk-Tarif" zusammengefasst sind, nicht unter die Steuerfreiheit nach § 4 Nr. 5 VersStG, da diese im Kern eine Unfallversicherung ist?